



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0286890

P/XIII/268 - 25. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Sicherheit nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen" Von Genf nach Moskau	42
2 - 3	Erdbeben im Palazzo Chigi Kurswechsel in der italienischen Außenpolitik?	66
4 - 5	Wieder Demaufahrten Ostblock übernimmt eine österreichische Vorkriegsattraktion	53
5 - 6	Von Toleranz keine Spur Ende des Boykotts gegen Weißenborn	48
7	Diskussion um Rogacki-Plan geht weiter Bestandteil des Labour-Programms - Unkollektibarer Strauß	53

* * * * *
* * * * *

"Sicherheit nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen"

sp. - Die gegenwärtige Weltsituation zeigt - so spannungsgeladen sie sein mag, einige Ansatzpunkte für die Hoffnung, daß jenseits des militärischen Denkens doch noch die politische Vernunft Chancen hat. In beiden Genfer Konferenzen, in denen parallel zu einander über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Schaffung eines internationalen Kontrollsystems beraten wird, bleiben Ost und West zäh beieinander. Beide Seiten haben durch autorisierte Sprecher erklären lassen, daß sie die Konferenzen nicht als ein Abtastmanöver betrachten, sondern zu einem "guten Ende" führen wollen.

Sie sind in ihrer Haltung durch den Bund amerikanischer Wissenschaftler ermuntert worden, der zu Beginn dieser Woche in einem Appell an die Genfer Verhandlungsdelegationen die Aufforderung richtete, militärische Gesichtspunkte zurückzustellen und einem "Verbot von Atomwaffenversuchen für immer" unter der einzigen Bedingung zuzustimmen, daß ein Überwachungssystem innerhalb einer bestimmten Frist in Kraft gesetzt wird. Die Organisation, der 2 200 amerikanische Wissenschaftler angehören, erklärt, es gebe heute keine Verteidigung mehr gegen einen massiven Angriff und "die Sicherheit der Völker ist mit militärischen Mitteln nicht zu erreichen."

Es ist anzunehmen, daß diese Sprache der amerikanischen Wissenschaftler auch in der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten ihren Eindruck nicht verfehlt. Der US-Senator und Vorsitzende des Abrüstungsausschusses, Humphrey, ein Mann, der schon häufiger der offiziellen amerikanischen Außenpolitik vorausgeeilt ist, spricht daher wahrscheinlich nicht zufällig von einem "Tauwetter", das er trotz zahlreicher Konfliktstoffe in den Beziehungen zwischen Ost und West erwartet.

Senator Humphrey ist von Genf über Berlin nach Moskau geflogen. Von seinem Aufenthalt in der sowjetischen Hauptstadt wird zwar merkwürdigerweise in der westlichen Presse nicht viel berichtet, doch dürfte man kaum fehlgehen in der Annahme, daß Humphrey, ebenso wie vor kurzem der demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson, die Entwicklung des "Tauwetters" in Moskau zu fördern gedenkt.

Ob es ihm gelingen wird, Anknüpfungspunkte für die Überwindung der gegenwärtig sich besonders in Europa abzeichnenden Spannungen zu finden, ist noch nicht sicher. Daß er über den Versuch unternimmt, ist ein Zeichen für die Kaltblütigkeit, mit der die amerikanische Außenpolitik manch' heftige Rede, die in dieser Zeit gehalten wird, auf das Maß der Realitäten zurückführt.

Die Realität haben die 2 200 amerikanischen Wissenschaftler ausgesprochen: "Mit militärischen Mitteln ist die Sicherheit nicht zu erreichen!" - Dieser Ruf der amerikanischen Wissenschaftler ist auch an die Adresse Moskaus gerichtet.

+ + +

Erdbeben im Palazzo Chigi

R.I., Rom

Amintore Fanfani ist nicht nur der italienische Außenminister, sondern auch der Chef des Außenamtes. In dieser seiner Eigenschaft hat er kürzlich eine Reihe von personellen Maßnahmen vorgenommen, die nichts Geringeres bedeuteten als ein Erdbeben im Palazzo Chigi, dem Sitz des Außenministeriums. An einem und demselben Tag wurde dort der Generalsekretär, der Kabinettschef des Ministers, der Leiter der Personalabteilung, der Chef des Presseamtes und eine ganze Anzahl diplomatischer Vertreter Italiens im Ausland ihres Amtes enthoben und durch andere Persönlichkeiten ersetzt, darunter auch der bisherige Botschafter in Paris, Marchese Rossi Longhi.

Ein Personenwechsel im Amt des Generalsekretärs kann in den Außenministerien solcher Länder wie England Frankreich oder Italien stets als Anzeichen eines tiefgreifenden Kurswechsels angesehen werden, und im vorliegenden Falle kommt zu dieser an sich aufsehenerregenden Maßregel auch noch die Abberufung des Botschafters in Paris hinzu. Diese muß umso mehr auffallen, als Marchese Rossi Longhi seinen Posten in der französischen Hauptstadt erst seit wenig mehr als einem halben Jahr bekleidet hat. So sind die jüngsten Umwälzungen im Palazzo Chigi denn auch von den französischen Pressevertretern in Rom stark beobachtet und allgemein als symptomatisch für eine neue Haltung Italiens gegenüber Frankreich angesehen worden.

Man ist in Rom vorherrschend der Meinung, daß Fanfani offenbar die Absicht hegt, Italien aus der Politik der strikten atlantischen Solidarität herauszuführen, die einst unter De Gasperi die Grundlage der italienischen Außenpolitik bildete. Das soll nicht heißen, daß man in Rom nunmehr beabsichtigt, das atlantische Bündnis überhaupt preiszugeben; aber offenbar hat sich bei den jüngsten Elementen der Democrazia Cristiana, die mit Fanfani an die Macht gelangt sind, die Anschauung durchgesetzt, daß Italien in Zukunft eine Art Mittelstellung im mediterranen Raum anstreben sollte, besonders, was seine Beziehungen zu den arabischen Ländern angeht, statt sich von vornherein automatisch nach dem Westen hin zu orientieren.

In diesem Sinne wird es als symptomatisch angesehen, daß Fanfani den einschneidenden Personenwechsel im Außenamt gerade jetzt vorgenommen hat - nämlich kurz vor seiner Abreise nach Kairo, zu seinem Besuch bei dem ägyptischen Staatschef. Offenbar wollte Fanfani auf diese Weise freie Bahn für den neuen Kurs schaffen, der in den kommenden Besprechungen mit Nasser zum ersten Mal in großem Stil zur Geltung kommen soll. Dieser Kurs aber zielt ohne Zweifel darauf ab, aus den arabisch-englisch-französischen Spannungen Kapital für Italien zu schlagen, durch eine betont vermittelnde Haltung das Vertrauen der arabischen Welt zu erwerben und damit ein freies Feld für die weitgespannten italienischen Pläne auf dem Gebiet der Handels- und Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Sicher hat aber auch die Machtergreifung de Gaulles in Frankreich das ihre dazu beigetragen, daß die Atmosphäre zwischen den beiden lateinischen Nachbarländern in letzter Zeit weniger herzlich geworden ist. Mit Ausnahme der Faschisten haben so ziemlich sämtliche politische Richtungen Italiens auf die jüngsten Entwicklungen in Frankreich sehr negativ reagiert, und dem Vernehmen nach erblickt auch Fanfani in dem neuen Pariser Kurs, ganz besonders aber in den Hegemonieansprüchen de Gaulles, eine schwere Gefahr für die zukünftige Solidarität des westlichen Europas.

Man sieht hierin einen der Hauptgründe für die Abberufung des Botschafters Rossi Longhi, denn zum Unterschied von den heute in Rom herrschenden Anschauungen soll Rossi Longhi die Gefährlichkeit de Gaulles unterschätzt und immer wieder bagatellisiert haben.

Die Entwicklungen der nächsten Zukunft werden voraussichtlich erkennen lassen, bis zu welchem Grade die Spekulationen richtig sind, die allgemein an das Erdbeben im Palazzo Chigi geknüpft werden. Schon fehlt es nicht an boshafte Stimmen, die darauf verweisen, daß das römische Außenamt ja demnächst aus dem Palazzo Chigi in einen großen Büroneubau an der Peripherie der Stadt übersiedeln wird. Dieser Neubau aber ist seinerzeit, noch unter Mussolini, begonnen worden und sollte die faschistische Parteileitung aufnehmen. Dies würde - so meinen die bösen Zungen - ganz gut zu dem neuen Kurs im Außenamt passen, nämlich zu dem Liebäugeln mit Nasser, das sich da anzubahnen scheint.

Wieder Donaufahrten

(r2) In nächsten Jahr werden wieder Donaufahrten nach Bulgarien und Rumänien und bis ans Schwarze Meer veranstaltet, 14 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Sie werden - das ist heute bereits sicher - von Preßburg ausgehen. Sie sollen aber auch von Wien oder sogar von Passau gestartet werden. Doch diese Fahrten sind erst ins Auge gefaßt und wurden bisher noch nicht verbindlich angekündigt. In beiden Fällen treten als Veranstalter dieser Fahrten Ostblockstaaten auf. Von Preßburg aus die Tschechoslowakei, von Wien (oder Passau) aus die Sowjetunion.

Vor dem Kriege waren Donaufahrten eine Attraktion besonderer Art der Österreichischen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. In dem so populär gewordenen Film "Ich denke oft an Piroschka" spielt der Beginn der Handlung auf einem solchen Donauschiff, die damals in regelmäßigen Mehrtagefahrten von Wien aus über Preßburg, Graz, Budapest, Belgrad, die Donauinsel Ada Kaleh (vor dem Eisernen Tor) gewöhnlich nach dem bulgarischen Ruschatschuk (Russe) verkehrten, von wo man in besonderen Sädierzügen nach dem bulgarischen Schwarzmeerhafen Warna weiterfahren konnte. Stromabwärts dauerte die Fahrt drei Tage und drei Nächte und hatte ihre Höhepunkte im Einlaufen in den östlichen Stätten Budapest und Belgrad sowie in der Durchfahrt durch den Kasanpaß und das Eisernen Tor zwischen den Ausläufern der Transylvanischen Alpen und des Balkangebirges. Man berührte sechs Donaustetten, denn die Donau war so international und die Reisenden hatten davon viele Vorteile. So waren z. B. in den bulgarischen Donauhäfen die Landungsbrücken bis weit ins Wasser hinein gebaut, so daß man auf den Enden der Landungsbrücken hoch über der Donau steuerfrei Zigaretten kaufen konnte. Nach Gewicht. Das Pfund Zigaretten nach dem Inhalt der besten Sorten zu 180 Lewa oder 4,50 Mark.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren Donaufahrten nicht mehr möglich, weil es dafür keine Schiffe gab. Die Sowjets hatten alle Schiffe auf der Donau, die unter deutscher Flagge fuhren, als Kriegsbeute beschlagnahmt und sie bisher auch noch nicht wieder herausgegeben, wenn es sich um Schiffe handelte, die von der deutschen Wehrmacht zu Kriegszwecken verwendet wurden und anderen Völkern gehört haben. Die Sowjets richteten eine eigene Donauschiffahrtsgesellschaft ein, die überall an den Ufern Niederlassungen besitzt und deren Sitz sich in Ismaila befindet. Die alten Donauschiffe haben russische Besatz, ein Schiff ist als Kulturschiff eingerichtet. Weitere Schiffe hat die Sowjetunion in der Donauwerft in

Komorn (Südslowakei) bauen lassen, die hauptsächlich für die sowjetischen Ströme geliefert werden. Besondere Schiffe sind mit dem sowjetischen Plan verbunden, im nächsten Jahr Inturist-Fahrten auf der Donau von Wien und eventuell bereits von Passau aus zu veranstalten, - also Donaufahrten unter der Sowjetstern.

Konkreter sind die Pläne der Tschechoslowakei, die im vergangenen Sommer mit dem 250 Personen fassenden modernen Passagierschiff "Bratislava" versuchsweise Donaufahrten von Preßburg aus nach Budapest und bis vor Karlowatz durchgeführt hat. Die "Bratislava" wird im nächsten Jahr Donaufahrten von Preßburg bis nach Rumänien und Bulgarien veranstalten und ihre Routen bis zu den sowjetischen Häfen an der unteren Donau fortsetzen. In Aussicht genommen sind eventuell auch Fahrten über das Mündungsgebiet der Donau hinaus ins Schwarze Meer. Über diese Fahrten wird derzeit noch beraten. Man erwägt, sie als besondere und einmalige Attraktion für ausländische Besucher der Tschechoslowakei zugänglich zu machen, zumal auch weitere Schiffe besorgt und sichertägige Fahrten ohne Zwischenlandung möglich gemacht werden sollen.

+ + +

Von Toleranz keine Spur

W. H. Die jüngste Zeit dürfte den Beweis erbracht haben, daß die "Vertrauenskrise" um den Göttinger Pianisten Günter Weissenborn zu Ende ist. Damit geht ein Kapitel bundesdeutscher Intoleranz in das zeitgeschichtliche Archiv unserer Bundesrepublik, und es bleibt die Hoffnung, daß es keine Fortsetzungen finden wird.

Der Göttinger Musiker wurde bis in die jüngste Zeit hinein boykottiert, weil man ihn für den Dichter Weissenborn hielt, der auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag zu Ehren der Göttinger Gelehrten, die im vorigen Jahr gegen den Atomwahnsinn so eindringlich aufgestanden waren, eine "Göttinger Kantate" inszenierte. Nicht überall ist diese seine Kantate verstanden worden, doch keiner wohl konnte umhin, den ehrlichen Willen und die Haltung jenes Dichters zu respektieren, der sich

nicht nur als Dichter, sondern auch als aufrechter Demokrat in dunklen Jahren verdient gemacht hat.

Doch die Göttinger Kantate war in Stuttgart gerade erst verklungen, da drangen schon an den Pianisten und Dirigenten Weissenborn in Göttingen die ersten groben Mißtöne. Seine Konkurrenz, die sich stolz zur "Rechten" zählt, mokierte sich, und es fielen die Sätze ungerirrigten Denkens: "So ein Linker hat unser Sinfonieorchester dirigiert, so ein Linker ist dauernd im Rundfunk zu hören ..."

Unerhört war auch für den Musiker, als er bald darauf feststellen mußte, daß man ihn nicht nur in Göttingen Schwierigkeiten machte. Ja, es wurde ihm sogar bedeutet, daß man zunächst auf seine Mitwirkung verzichten wolle. Die Abneigung gegen den anerkannten Künstler erreichte schließlich ihren Höhepunkt, als ihm sogar die bis dahin üblichen Zuschüsse für Konzertreisen ins Ausland verweigert werden sollten. Ein Weissenborn war eben ein Weissenborn, und daß ein Weissenborn in einer Demokratie aufrecht zu seinen Gedanken steht und sie auch noch zeigt, war auch der Bonner Bürokratie verdächtig.

Die Wurzeln solcher entarteter Denkmens und Handelns scheinen in erster Linie bei den Pensionierten des Dritten Reiches zu liegen. Dirigent Weissenborn hat früher schon in Göttingen allerhand Schwierigkeiten gehabt im Musikverein, in dem sich die "Rechte" hier und da gegen ihn sammelte, um ihn hinauszudrängen. Eines Tages war es auch dann soweit: Der Musiker legte die Leitung des Sinfonieorchesters Göttingen nieder, um sich die vielen Aufregungen zu ersparen.

Der "Fall Weissenborn" ist nun zu Ende. Auch auf den Radiowellen wird der Pianist wieder gehört, wobei zu sagen ist, daß die Rundfunkstationen sich an diesen schädigen Boykott nicht beteiligten. Es war wohl Zufall, daß hier einige lange Pausen eingelegt wurden. Doch die Gegner nutzten auch dies aus. Sie sahen auch darin ein Zeichen, daß sie "richtig" handelten.

Man wird über diesen Vorfall wahrscheinlich nicht mehr zu reden haben, und dennoch das unsichere Gefühl wird bleiben, daß es mit der Toleranz in unserer Demokratie nicht weit her ist. Denkt man in diesen Zusammenhang an die Wahlpropaganda der CDU, dann wird selbst der Laien ein Zusammenhang sichtbar, der nicht den Charakter des Zufälligen, sondern eher schon den des Bösen trägt.

Diskussion um Rapacki-Plan geht weiter

sp - Die Diskussion um den Rapacki-Plan geht weiter, sehr zum Mißvergnügen der gegenwärtigen Bonner Regierung. Sie will vor der Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch kontrollierten Zone in Mitteleuropa nichts wissen. Ihre Gegnerschaft zu diesem Plan ist ungebrochen. Sie mobilisiert ganze Heerschaaren von Soldschreibern und Experten, die "beweisen" sollen, daß die Verwirklichung des Rapacki-Planes dem deutschen Volk zum Unheil gereichen würde.

Bleibt die Bundesregierung bei dieser Ablehnung, hinter der sich nichts anderes verbirgt als der Wille, die stärkste Militärmacht auf dem europäischen Kontinent neben der Sowjetunion zu werden, läuft sie früher oder später Gefahr, sich sogar von ihren jetzigen Verbündeten zu isolieren. Zu den Befürwortern einer westdeutschen Aufrüstung gehörte seinerzeit auch die britische Labour-Party. 1950 stellte sie die Regierung; Clement Attlee, der damalige britische Premier, und sein Außenminister Bevin billigten 1950 die Washingtoner Beschlüsse. Das geschah vor dem Hintergrund des Korea-Krieges, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, zu einer Zeit also, in der der Westen glaubte, einem drohenden Angriff der Sowjetunion nicht ohne deutsche Mithilfe begegnen zu können. Wie grundverschieden ist aber die heutige Lage im Vergleich zu der Zeit vor acht Jahren. Damals besaßen die Vereinigten Staaten das Monopol auf Atombomben, heute müssen sie es mit Großbritannien und der Sowjetunion teilen. Beide Seiten sind heute in der Lage, sich gegenseitig auszulöschen. Sie haben, militärisch gesehen, ein "Remis" erreicht.

Hat es in einer solchen Lage noch Sinn, auf die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen mit gleicher Hartnäckigkeit zu bestehen? Wird nicht durch eine mit Atomwaffen ausgestattete Bundeswehr die Unruhe in Europa und die Gefahr einer unübersehbaren kriegerischen Verwicklung vermehrt statt sie zu beseitigen? Was als Baustein für die europäische Sicherheit gedacht war, erweist sich heute als ein für die Zukunft unberechenbarer Faktor, und diese Überlegungen sind es wohl, die bei der Gestaltung des außenpolitischen Programms der britischen Labour-Party Pate stand. Dieses Programm befürwortet: Die Beendigung des Kalten Krieges durch die Entmilitarisierung Mitteleuropas, verbunden mit der Schaffung einer atomwaffenfreien, Westdeutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassenden Zone, innerhalb der die Rüstungen begrenzt, kontrolliert und die ausländischen Streitkräfte aus Ost und West zurückgezogen werden sollen.

Die gleiche britische Labour-Party, deren Minister einst zu den Befürwortern der westdeutschen Aufrüstung gehörten, wenden sich heute nur von einer Politik ab, von der sie wissen, daß sie nur Unheil bringen kann. Das außenpolitische Programm der Labour-Party entspricht, wenn auch nicht in jedem Detail, dem Gedankengut der Deutschen Sozialdemokratie und Männern wie Rapacki und Humphrey. Dieses Programm drückt die Empfindungen eines großen Teiles des britischen Volkes, und nicht nur des britischen Volkes allein, aus. Die Labour-Party hat alle Aussicht, die Regierungspartei von morgen zu werden.

Die westdeutschen Rüstungsapostel wollen von Entspannung und Abrüstung nichts wissen. Sie überhören alle Warnungen und übersehen alle Anzeichen einer sich verändernden Welt. Sie wollen es lieber beim Status quo des gespaltenen Deutschland und Europa belassen, als ein Klima mitzuberheiführen zu helfen, in dem die Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gedeihen. Die Strauß-Rede im amerikanischen Fernsehen machte dies wieder einmal schmerzlich deutlich. + - - - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel